

Die Vossische Zeitung



Die Vossische Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereinigt. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“. — Sonntag: Die illustrierte „Zeitung“ und „Literarisches Umschau“. — Mittwoch: „Reise und Wanderung“. — Donnerstag: „Rocht und Leben“.

Wöchentlich 1 Mark, monatlich 4.90 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Anfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreis: am Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen am Zeile 20 Pfennig. Keine Verantwortlichkeit für Anzeigen in eine bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsblatt): Dr. Carl Mosch, Berlin. Für Rücksendung unvoll. Manuskripte ist Fürsorge zu treffen.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Verlagsdruckerei Ullstein: Am Dönhofsplatz (A 7) 9009-9065, für den Verleger Herr Am Dönhofsplatz 3080-3090. Telegr.-Adressen: Ullsteinhaus, Berlin. Postfachkonto Berlin 660.

Muffolini baut Gehälter ab

Kürzung aller Beamten-Einkommen um 12 Prozent

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Rom, 18. November

Der heutige Minister hat eine allgemeine Kürzung sämtlicher Beamtengehälter jeder Art um 12 u. 3. mit Wirkung ab 1. Dezember beschlossen. In der Begründung dieser sehr plötzlichen und überaus heftigen Maßnahme wird angeführt, daß die Weltverhältnisse in der letzten Zeit bereits eine fühlbare Verengung erfahren hätten, und daß es im höchsten Interesse der Beamten selbst liegen müsse, daß der Konsum des Staates nicht ins Maßlose ansteige. Schließlich wird der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die Herabsetzung der Gehälter auch zu einer Verminderung der Lebensmittelpreise, namentlich aber zu einer Herabsetzung der Mietpreise, führen werde. Es wird überdies darauf hingewiesen, daß die Regierung entschlossen sei, an ihrem Vertriebe, die Steuerlasten nicht mehr zu erhöhen, festzusetzen, und daß sie in Zukunft danach trachten werde, die Einnahmen zu heben.

Diese Maßnahme des Ministeriums, die durch Entschärfung der Einkommensteuer, hat bereits durch die Steuern im anderen Einkommen in den letzten Jahren das allgemeine Interesse hervorgerufen. Man muß sich vor Augen halten, daß die Gehaltskürzung nicht nur die unmittelbaren Beamten des Staates trifft, sondern auch Ausnahmen alle Angehörigen der ganzen Behörde des fortpanation Staates mit allen seinen Vereinen in die Privatwirtschaft hinein und ebenso alle direkten oder indirekten Gehaltsnehmer oder Angestellten der Kommunen.

Berührt werden also nicht nur die Gehälter der Eisenbahn- und Postangestellten, sondern auch die der Angehörigen aller jener Betriebe, die im öffentlichen Dienst stehen, ebenso die der Beamten und Angestellten der verschiedenen Berufsstände, alle u. 3. der Eisenbahner der großen Elektrizitätsgesellschaften, Beamten und

Industriellen, an deren direkter oder indirekter Finanzierung der Staat irgendeine beteiligt ist, sei es auch nur im Sinne einer Kontrolle.

Dieser ungewöhnliche Schritt der Regierung ist deshalb für die gesamte Wirtschaftslage der Nation von größter Tragweite und bedeutet eine im besten Sinne fühlbare Initiative, die, wenn Staat ausgeht, also von der Generale aus, in die Kommunen und die Gmündel liberal hineingreift. Begründet wird die Dringlichkeit der Maßnahme durch die starke Unterbilanz des Staatshaushalts, die für die ersten drei Monate des laufenden Geschäftsjahrs bereits $\frac{1}{2}$ Milliarden erreicht und inzwischen entsprechend steigen sein dürfte.

Einmal vorläufig der Schöpfung der Ergebnisse dieser Gehaltskürzung ist nur für die direkten Staatsbeamten möglich, hat bereits etwa 700 Millionen jährlich eingespart werden könnten. Da aber eine weitere Einschränkung der Beamtenzahl vorgesehen ist und da auch die gegenwärtigen und die zukünftigen Personen davon betroffen werden, so wird sich diese Kürzung durch die Herabsetzung der Gehälter auch den Kommunalstellen nach ganz bedeutend erhöhen.

Der Staat übernimmt freilich gleichzeitig die Verpflichtung, darauf zu dringen, daß die gesamten Verwaltungsstellen in Italien eine entsprechende Ermäßigung erfahren.

Begleitend für das System dieser Gehaltskürzung ist, daß sie ohne Unterschied in der Höhe der 12 u. 3. für alle Gehälter angewendet wird. Der Minister wird also in seiner höheren Gehaltsstufe von einer höheren Abgabe betroffen werden.

Über die 12 u. 3. hinaus werden nur von Angestellten der notwendigen Betriebe, die mehr als 40 000 Lire Gehalt beziehen. Davon 40 000 und 60 000 Lire beträgt der Höchstlohn 25 u. 3. darüber hinaus 30 u. 3.

Strefemanns Schatten

Ein Jahr nach dem Tode Strefemanns sieht sich Dr. Scholz, sein Nachfolger als Parteiführer, aus dem politischen Leben zurück. Seine Gesundheit ist erschüttert. Aber noch mehr erschüttert ist das Gefüge seiner Partei, die in Strefemann den belebenden Mittelpunkt und den eigentlichen Mittelpunkt verloren hatte.

In der Öffentlichkeit ist Scholz vielfach als der Vater aller Hindernisse erschienen, die der größte Staatsmann der Nachkriegszeit in seiner eigenen Fraktion und in seiner eigenen Partei immer wieder gefunden hat. Scholz war seit dem kritischen Tag, an dem Strefemann das an den Rand des Abganges geführte Reich durch den Bericht auf dem Reichstagen im letzten Augusttag vor erneuertem und unbegrenztem Aufbruch zurückleitete, Fraktionschef. Die Fraktion und mehr noch die Partei brauchten im Land nicht im Mann der Oppositionsführung und folgte nur widerwillig dem Führer, dessen Geist mit und in seiner Aufgabe wuchs, während seine körperlichen Kräfte sich abmühten.

Strefemanns Stellung im Dienst der Nation fand Anerkennung in der ganzen Welt und sollte sich nicht nur durch die großen Taten, seine Partei aber konnte um Stärke und mächtige Führer. Das ist menschlich, allzu menschlich. Der Flug, den der Führer nahm, war für seine Gefolgschaft zu hoch. Sie blieben immer weiter hinter ihm zurück, und der Fraktionsführer blieb immer wieder vor der Aufgabe, die Verbindung nicht völlig abreißen zu lassen zwischen dem körperlichen Staatsmann und den ängstlichen Leuten, die im Fraktionszimmer jammerten und der Minderheit der Augen-Brücke das Feld überließen.

Scholz wollte eifriger Arbeiter sein und hat sich früher recht bemüht, den völligen Bruch zu verhindern. Strefemann selbst hat ihm vielfach unruhig gemacht, wenn er die Quartierbetreuer, die immer wieder erfolglos, auf sein Konto schrieb. Man schmeckte bei ihm getroffen, daß nach dem Wilschlag der Pöpperl-Verhandlungen Scholz in Königsberg eine völlig negative Rede hielt. Strefemann, der hauptsächlich seine letzten Kräfte daran gesetzt hatte, um die Rheinland-Rücknahme als Krönung seiner Lebensarbeit zu feiern, sah sich durch dieses Goto bitter enttäuscht. In dem Strefemann-Buch von Antonia Valentini, das jedoch erschienen ist, wird über den Einbruch der Scholz-Rede auf Strefemann folgendes berichtet:

„Ein Strefemann hat keine eigenen Gedanken. Er ist ein Mann, der nur in ihm mit der allein Kraft aus und die sein Leben, seinen gewaltig vor dem Angriff um sein Leben, das für ihn existenziell bedeutete. Vom Dolchstoß von hinten hat man soviel bei uns gesprochen. Wenn dies ein Dolchstoß ist, dann weiß ich wirklich nicht, wem er vor sich hat. ... Die ganze Volkspartei ist sinnlos geworden, fügte er hinzu. Sie wird auch bald zwischen den Händen der Parteien der Nation und Einigen zerfallen werden. Wie müde sind wir, wie müde sind wir, wie müde sind wir, wenn der deutsche Geschichtsband nicht zugrundegehen soll.“

Der europäische Staatsmann, den der Parteiführer, der seine Höflichkeit, von dem Bismarck immer wieder sprach, zu stark brachte, hatte sich als letzte Aufgabe die Erneuerung des Parteilebens gestellt. Hätte seine Kraft gereicht, wäre nicht nach einem erschöpfenden Kampfe im Parteivorstand eine Axt über die Partei, die dem überlebenden Autokrat nicht gegen seinen Willen gewährt werden durfte, zu ziehen. Der Versuch, ohne Strefemann zu veröffentlichen, was ihm verschwebte, ist mit ungenügenden Mitteln und unzureichenden Kräften in der Zeitungszeitung der letzten Reichstagsauflösung gemacht worden. Er ist gescheitert. Das Ergebnis war nicht eine Verleugung der Persönlichkeit der Mitte, sondern ihre völlige Vernichtung. Scholz, der mit dem zu einem Schicksal gekommen, der aus neuen Strefemann hätte, mußte die Konsequenz aus dem Wilschlag ziehen. Dr. Scholz, der das Reich wieder wollte, noch konnte, ist ihm jetzt geflohen. Inzwischen ist die Verleugung weitergegangen, und nirgends jetzt gibt die Persönlichkeit, deren Ansehen und Kraft die Widerstandenden mit sich reißen könnte, so wie es Strefemann oft genug vermocht hat.

Scholz selbst wie Scholz-Berlin sind daran gefestigt, daß die Zeit Strefemanns heile, deren nur Strefemanns in ganz großen Format gemessen sind. Scholz-Berlin, besorglich und allem Recht aufgeschlossen, aber nicht konsequent und hartnäckig. Scholz voll guten Willens, aber ohne Intuition und Initiative. Beide haben ihr Bestes gegeben und das Gute gewollt. Die Zeit ist aber zu hinweggeschritten.

Neue Entwicklungen haben sich an. Die Parteireihe verdrängt sich über den ganzen Raum zwischen der äußersten

Eingeständnis des Wahlterrors

Auffallreicher Aufruf der oberdeutschen Auffindlichen-Verbände

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Breslau, 18. November

Die über den Wahlterror in Ostpreußen Oberdeutschen von uns gemachten Mitteilungen werden heute von einem selbst unverständlichen Zogen, nämlich vom politischen Ausschussverband, selbst bestätigt, der heute einen Aufruf an seine Mitglieder erst, indem er ihnen den Dank dafür ausspricht, daß sie den Kampf gegen die Germanisierung Oberdeutschen mit so „ausgesprochenen“ Mitteln aufgenommen hätten. Nur der Tätigkeit der Auffindlichen sei es zu verdanken, daß die Welt jetzt endlich erlosche, daß Oberdeutschen in der Übergangsperiode nicht politisch sei, daß die deutsche Bevölkerung die Hälfte ihrer Stämme und mehrere 10 000 Stimmen verlieren habe. Dieser Gedanke müßte richtiggehend bleiben, bis das begonnene Werk zu Ende geführt ist.

Deutschland kann wohl nicht die auf durcheinand unermessliche und illogische Weise aufkommende Ergebnisse der „freien Volkswahl“ in Oberdeutschen charakterisieren.

Gegenwärtig prüft die Hauptkommission in Rastatt die Wahlergebnisse der Reichswahl. Erst nach der amtlichen Feststellung der Resultate durch sie ist es möglich, den Vorteil gegen die Wahl den Oberen Gericht in Rastatt formell eingubringen. Es konnte von den deutschen Wählern der Hauptkommission einmündig festgestellt werden, daß deutsche Stimmzettel maßlos von den belgischen Wahlhelfern für unzulässig erklärt worden sind, da sie nicht vorfindbar abgeben worden seien. Diese Stimmzettel sind offenbar absichtlich nachträglich gerichtet oder mit Bleistift bemerkt worden. Das war durchaus möglich, da am Nachmittag in den meisten Orten die dem Wahllokal benachbarten deutschen Vertrauensleute gemeldet entfernt worden sind.

Die besonders unter dem Terror leidenden Gebiete von Tarnow und Lublin weisen Wahlergebnisse auf, die unendlich der tatsächlichen Volksmeinung entsprechen können. In einem Dorf umgeben vom Mai 218 deutsche Stimmen abgegeben, am Sonntag hingegen nur 16. In einem anderen vor einem halben Jahre 148, jetzt 9. u. 3. Die Ergebnisse der Wählergebnisse zeigen, daß man ihnen gemächlich die deutschen Stimmzettel entziehen und sie dafür gewannen habe, für die Regierungsmittel zu stimmen, werden dadurch vollst. bestätigt.

Die amtlichen Organisten der Wahl und die Auffindlichen sind inzwischen weiter eifrig tätig, um auch am nächsten Sonntag, wo der Wählerfrage Senat und der sächsische Senat gewählt werden sollen, mit den gleichen Mitteln mindestens gleich günstige Resultate für die politische Sache zu erzielen. Durch den Kreis Rastatt hat in der Stadt ein Salottus mit Auffindlichen, das aus Aufschneidern in die Luft hoch und Bomben unter die Fenster der als Deutsche bekannten Einwohner warf.

(Siehe auch vierte Seite.)

Papst bei Starbemberg

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Wien, 18. November

Der von Dr. Schöber ausgewiesene, von Baugoin - Geipel - Starbemberg wieder nach Österreich zurückberufene Papst hat heute in Wien eingetroffen, um eine Reorganisation der durch die Wahlen gestifteten Heimweidgruppen durchzuführen. Major Papst wurde vom Minister des Innern und Oberen Bundesführer der Heimweidern, Fürsten Starbemberg, zu einer langen Ausrede empfangen.